



HA

über die
4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 23.06.2009
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:10 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Dieter Drescher
Frau Marion Dyduch
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Frau Gabriele Keutgen-Bartosch
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Jochen Müller
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Frau Ina Scharrenbach
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

fraktionslos

Herr Klaus-Dieter Grosch

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten

Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Herr Dr. Jörg Frey
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Manfred Wiedemann

Herr Bürgermeister **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Dem Vorschlag der Verwaltung, die Tagesordnung um den Punkt 2 „Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung auf die Finanzplanung / Bericht der Verwaltung“ zu erweitern, wurde zugestimmt.

A. Öffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|--|----------|
| 1 | Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen an dem Projekt "Big Eesy" zum Erwerb des Gasfernleitungsnetzes der RWE AG hier: Beteiligung der GSW an der zu gründenden Akquisitionsgesellschaft und mittelbare Beteiligung an der durch die Akquisitionsgesellschaft zu erwartenden Zielgesellschaft | 039/2009 |
| 2 | Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung auf die Finanzplanung Bericht der Verwaltung | |
| 3 | Fortführung des Projektes "Saubere Stadt Kamen" Umfang und Erfolg eingeleiteter Bußgeldverfahren hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.05.2009 | 033/2009 |
| 4 | Schließung des Warenhauses Hertie hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2009 | |
| 5 | Einrichtung von Außenstellen des Rathauses als mobile Bürgerbüros hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2009 | |
| 6 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |

B. Nichtöffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|---|---------|
| 1 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |
| 2 | Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung | |

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
039/2009

Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen an dem Projekt "Big Eesy" zum Erwerb des Gasfernleitungsnetzes der RWE AG
hier: Beteiligung der GSW an der zu gründenden Akquisitionsgesellschaft und mittelbare Beteiligung an der durch die Akquisitionsgesellschaft zu erwartenden Zielgesellschaft

Herr **Baudrexl** verwies auf den Inhalt der Beschlussvorlage zu dem Tagesordnungspunkt und erläuterte, dass die Möglichkeit einer Beteiligung an Gasfernleitungen unter strategischen Gesichtspunkten genutzt werde. Zu den Hintergründen führte er aus, dass sich die RWE AG aus kartellrechtlichen Gründen dazu verpflichtet habe, ihr Gasfernleitungsnetz zu verkaufen. Zum Erwerb des Gasfernleitungsnetzes beabsichtigen die GSW sich mit 36 anderen Stadtwerken und der N.V. Niederlande Gasunie zu einem Konsortium zusammenzuschließen.

Als erster Schritt würde im Rahmen eines Bieterverfahrens von dem gegründeten Konsortium ein Gebot abgegeben. Die weitere Beteiligung am Bieterverfahren und der Ausgang des selbigen sei noch völlig offen. Die aus dieser Beteiligung zu erzielende Rendite befinde sich im überschaubaren Bereich.

Die Einlage der GSW sei auf eine Obergrenze von 4 Mio. Euro beschränkt. Die Beteiligungsquote werde abhängig von der Eigenkapitalquote voraussichtlich zwischen 1,6 % und 3,3 % liegen.

Der Aufsichtsrat der GSW habe das Vorhaben bereits positiv beschieden. Damit eine Beteiligung erfolgen könne, müssen die Gesellschafterkommunen mit Ratsbeschluss der Empfehlung des Aufsichtsrates folgen, so dass die Gesellschafterversammlung der GSW am 30.06.2009 darüber beschließen könne. Da in der Kürze der Zeit keine Ratssitzung mehr einberufen werden könne, ergebe sich die Notwendigkeit einer Dringlichkeitsentscheidung.

Frau **Dyduch** erklärte, dass die Beteiligung von der SPD-Fraktion positiv begleitet werde. Sie stellte heraus, dass sich wirtschaftliche und strategische Vorteile für die GSW ergeben, wovon auch die Kunden profitieren würden. Zudem seien die Risiken der Beteiligung im überschaubaren Bereich.

Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr **Kissing** argumentierte, dass die Energiemärkte sich verändern und der Energiebezug neu organisiert werden müsse. Daraus ergebe sich auch die Notwendigkeit der Beteiligung an solchen Aktivitäten.
Der Beschlussvorschlag finde daher auch die Unterstützung der CDU-Fraktion.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 04.06.2009 an und stimmt zu, dass die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GSW beschließen:

1. GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen – Bönen – Bergkamen (GSW) beteiligt sich unmittelbar mit einer Kommanditeinlage von bis zu 4 Mio. € an der neu zu gründenden Akquisitionsgesellschaft („Gas-transportnetz Westfalen GmbH & Co. KG“) und
2. mittelbar im gleichen Verhältnis an der durch die Akquisitionsgesellschaft zu erwerbenden Zielgesellschaft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung auf die Finanzplanung
Bericht der Verwaltung

Einleitend rief Herr **Baudrexl** den Bericht aus der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in Erinnerung. Den Focus werde er auf die mittelfristige Finanzplanung legen.

Anhand einer Präsentation (siehe Anlage), berichtete er über die Mai-Steuerschätzung 2009 mit regionalisierten Orientierungsdaten und Proberechnungen.

Zunächst widmete er sich der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer. Bei der Umsatzsteuer gebe es in der mittelfristigen Finanzplanung Schwankungen zwischen 30.000,- Euro und 90.000,- Euro.

Die Ergebnisentwicklung der letzten Jahre zeige einen deutlichen Anstieg der Aufwendungen. Dazu seien unter anderem die Personalkosten, die Rückstellungen, die Kreisumlage und die Kosten im Jugendbereich zu zählen.

Die niedrige Ertragssituation aus dem Jahr 2005 habe sich dagegen positiv entwickelt, so dass bis zum Ende des Jahres 2008 ein Plus von ca. 22,7 Mio. Euro zu verzeichnen sei. Dabei stellte er klar, dass das Jahr 2008 aufgrund der hohen Gewerbesteuererinnahmen eine Ausnahme darstelle, und so nicht auf weitere Jahre fortgeschrieben werden könne.

Die Verschlechterung des Finanzergebnisses beruhe auf Zinserhöhungen, Aufnahme von Kassenkrediten und Darlehen, sowie der gestiegenen Kreisumlage.

Beim Vergleich der Jahre 2005 und 2008, sei festzustellen, dass sich das Jahresergebnis insgesamt um 8,9 Mio. Euro verbessert habe.

Die Finanzplanung für das Jahr 2009 zeige, dass die ordentlichen Aufwendungen nicht die Entwicklung der Vorjahre nehmen, besonders in Hinblick auf die Personalausgaben, die Kosten des Jugendbereichs und die Kreisumlage. Die Ertragssituation sehe laut den Originaldaten eine weitere Stei-

gerung vor, das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit sinke weiter. Das Finanzergebnis verschlechtere sich indes in erträglichem Maße. Die Orientierungsdaten aus dem Jahr 2008 prognostizieren einen Zuwachs bei der Gewerbesteuer um 2,5 %. Trotz Wirtschaftskrise stellen sich diese Einnahmen immer noch positiv dar. Nach Einschätzung der momentanen Situation, werden die Einnahmen bei der Gewerbesteuer nicht weg brechen.

Die Mai-Steuerschätzung zeige regionalisiert nur neue Zahlen in Bezug auf die Einkommenssteuer, so Herr Baudrexl.

Bei Betrachtung der Steuerentwicklung, wie auch im Jahresabschluss dargestellt, müsse das Jahr 2008 als ausnehmend gut außen vor bleiben. Der Mai-Steuerschätzung folgend, sei bei der Einkommenssteuer im Jahr 2010 ein Fehlbetrag in Höhe von 3,6 Mio. Euro, im Jahr 2011 in Höhe von 3,8 Mio. Euro und im Jahr 2012 in Höhe von 4 Mio. Euro zu erwarten. Verlässliche Aussagen über die Entwicklung der Gewerbesteuer, der Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage können zur Zeit nicht getroffen werden.

Von Frau **Scharrenbach** nach der Höhe der Kassenkredite und Zinssätze gefragt, teilte Herr **Baudrexl** mit, dass Kassenkredite von rund 26 Mio. Euro aufgenommen wurden. Der Zinssatz liege durchschnittlich bei 3 Prozent mit sinkender Tendenz.

Frau **Scharrenbach** bat um Auskunft, ob in Bezug auf die Mai-Steuer-schätzung schon Maßnahmen von der Verwaltung ergriffen wurden.

Die Probleme, erklärte Herr **Baudrexl**, sehe er weniger für das Jahr 2009. Besorgnis erregend seien die Zahlen für das Jahr 2010 und die Folgejahre. Das Instrument einer Haushaltssperre sei aufgrund stringenter Ansatzplanung nicht geeignet, zu dem sei es mitten im laufenden Haushaltsjahr zu spät um entlastende Sparpotentiale erreichen zu können.

Frau **Dyduch** schloss sich der Meinung an, dass der Fokus auf 2010 und die Folgejahre zu legen sei. Variablen wie beispielsweise die Kosten der Jugendhilfe und die Personalkosten seien nicht genau bestimmbar. Zu berücksichtigen sei u.a., dass Erhöhungen beispielsweise bei der Kreisumlage zu erwarten seien.

Auch wenn die Wirtschaftskrise viele noch nicht erreicht habe, könne die negative Entwicklung zeitversetzt eintreten.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, welche Politik bei den Kassenkrediten verfolgt werde, und ob eine langfristige Festschreibung gewählt werde.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass eine intensive Beschäftigung mit dem Darlehens- und Zinsmanagement erfolge. Die Kommunen würden seit Jahren fordern, Kassenkredite in langfristige Darlehen umschulden zu können. Nur unter Berücksichtigung einer kommunalen Haushaltssicherung erlaube der Innenminister eine Festlegung für eine Quote von maximal 50 Prozent des Kassenkreditvolumens für die Dauer von 3 Jahren.

Eine langfristige Zinsbetrachtung sei nötig, gestalte sich jedoch auch schwierig. Im Jahr 2007 seien 8 Mio. Euro mit niedrigem Zinssatz für 3 Jahre festgelegt worden. Aktuell sei der Zinssatz jedoch noch weiter gesunken. Trotzdem befürworte er weiterhin die Nutzung der Möglichkeit die Zinsbindung für 3 Jahre festzuschreiben.

Zu TOP 3.
033/2009

Fortführung des Projektes "Saubere Stadt Kamen"
Umfang und Erfolg eingeleiteter Bußgeldverfahren
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.05.2009

Herr **Kissing** erläuterte den Hintergrund des Antrages der CDU-Fraktion. Er bezog sich dabei auf die Beschlussvorlage und die Diskussion zu dem Thema in der letzten Ratssitzung. Mit dem Antrag begehre die CDU-Fraktion Informationen bezüglich des Umfangs und möglicher Probleme der Nachverfolgung von Ordnungswidrigkeiten.

Herr **Brüggemann** stellte klar, dass Verstöße von der Verwaltung ernst genommen werden. Aufgrund der benötigten stichhaltigen Beweise, stelle sich eine Verfolgung der Verstöße allerdings problematisch dar.

Herr **Hasler** wies beispielhaft auf die Verschmutzung der Containerstandorte hin. Er zeigte sich verwundert, dass die letzten geahndeten Verstöße noch DM-Zeiten zuzuordnen seien. Auch zeigte er sich irritiert, dass bezüglich der Verkotung von Grünanlagen keine Bußgelder verhängt worden seien. Seine Erwartungshaltung sei höher gewesen.

Die Notwendigkeit eines ordnungsrechtlichen Rahmen werde deutlich, so Frau **Dyduch**. Auffallend sei, dass wildes Plakatieren und Urinieren in der Öffentlichkeit bei den aufgelisteten Verstößen stark vertreten sei. Sie dankte der Verwaltung für diese Bestandsaufnahme.

Auf die Frage von Frau **Scharrenbach**, inwieweit die Servicekräfte aus dem Projekt „Job 100“ in dieser Angelegenheit integriert seien, antwortete Herr **Brüggemann**, dass die Hauptaufgabe der Servicekräfte vordergründig im ÖPNV Bereich liege. Im Rahmen dessen werde natürlich auch, in Form von Hinweisen und Belehrungen, über den Tellerrand geschaut.

Von Frau **Scharrenbach** nach der Ordnungsbefugnis der Servicekräfte gefragt, erläuterte Herr **Hupe**, dass die Servicekräfte nur Anzeigen erstatten können. Das Verhängen von Bußgeldern sei nicht möglich.

Herr **Baudrexl** fügte ergänzend hinzu, dass in allen Fällen zunächst immer der Sachverhalt ermittelt werden müsste, dazu zähle u.a. die Personalienfeststellung. Erst im Anschluss könne ein Bußgeldverfahren eingeleitet werden. Die Beweislast liege bei der Behörde. Hierbei bereite gerade die Identitätsfeststellung in der Praxis Probleme.

Herr **Kühnapfel** zeigte sich irritiert über die genannten Summen. Er vertrat die Auffassung, dass die Bußgelder in der Größenordnung vergleichbar mit denen aus dem ruhenden Verkehr sein müssten. Die Schwierigkeiten bei der Identitätsfeststellung sah er ebenfalls.

Herr **Baudrexl** gab zu bedenken, dass ein Vergleich mit dem ruhendem Verkehr nicht gezogen werden könne, da dort die Halterhaftung greife.

Herr **Brüggemann** stellte klar, dass im Vordergrund der erzieherische Effekt stehen solle, und nicht nur die ordnungspolitische „Keule“. Eine wichtige Aufgabe sei eine sensible Aufklärung.

Die ordnungspolitische Keule sei von keinem gewollt, so Herr **Hasler**. Er befürworte jedoch eine stärkere Ahndung von Verstößen, da durch die Vielzahl der Verstöße auch andere Hundehalter in Misskredit gebracht werden. Am Beispiel einer miterlebten Situation mit Jugendlichen, hob er die positive Arbeit der Servicekräfte hervor.

Zu TOP 4.

Schließung des Warenhauses Hertie
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2009

Bezug nehmend auf den Antrag der CDU-Fraktion, berichtete Herr **Hupe** über den Stand der Gespräche, sowohl die Schließung des Warenhauses Hertie betreffend, als auch einer weiteren Nutzung der Hertie Immobilie. Anhand einer Folie erläuterte er zunächst die Strukturen der Eigentumsverhältnisse. Die Eigentümer Dawnay Day und Hilco haben der niederländischen Tochtergesellschaft Mercatoria Acquisitios die Betreuung der Immobilien übergeben. Von dort aus wurden die Immobilien auf Einzelgesellschaften, die HiDD BV, aufgespalten.

Die Deutsche Bank hat Kredite i.H.v. 320 Mio. Euro für die Immobilien gewährt. Diese Kredite wurden an eine breite Zahl von Investoren verkauft. Die geforderte Umsatzmiete von 13 % sei im Vergleich der Branchenüblichen Mieten von 5-7 % viel zu hoch angesetzt gewesen. Daraus folgte, dass die Mieten nicht mehr gezahlt werden konnten und ein Insolvenzverfahren eingeleitet wurde.

Eine weitere Übernahme durch die Investoren scheiterte. Zum einen wurde die Eigenkapitaldeckung nicht für ausreichend befunden, und zum anderen bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Bonität und Kapitalstärke der Investoren. Die Vermarktung der Immobilien habe eine Berliner Immobiliengesellschaft übernommen.

Um den Prozess der weiteren Vermarktung und Erhaltung von Hertie intensiv zu beeinflussen, haben sich die Bürgermeister der betroffenen Kommunen zusammengeschlossen.

Inzwischen wurde ein Termin mit der Deutschen Bank und weiteren Beteiligten in Frankfurt vereinbart. Ziel dieses Termins sei es, über die Zukunft von Hertie zu diskutieren und Übereinkünfte zu erreichen.

Die Aussicht in Investorenverhandlung einzutreten, betrachtete der Bürgermeister mit Skepsis. Seiner Einschätzung nach seien die Chancen nicht sehr hoch.

Jenseits dieser Verhandlung, sei es wichtig den Umgang mit der Immobilie zu klären. Interessenten für den Erwerb seien vorhanden. Als problematisch stellen sich jedoch die Preisvorstellungen der Investoren dar. Da die Ansprüche der Investoren bis zum Beginn des Insolvenzverfahrens laufend in voller Höhe bedient wurden, haben diese kein Interesse einer Verschlechterung zuzustimmen.

Ziel sei es daher, eine real verhandelbare Preisebene und einen direkten Ansprechpartner zu erreichen.

Mit Sorge sei bei den Verhandlungen der zeitliche Aspekt zu betrachten. Ein mittelfristiger Leerstand des Hertie Gebäudes bleibe zu befürchten. Es werde daher versucht eine zügige Einigung bezüglich eines marktgerechten Preises herbeizuführen, um mit den vor Ort vorhandenen Interessenten in Verhandlungen eintreten zu können.

Eine kritisch zu wertende Folge machtorientierter globaler Wirtschaftspolitik werde hier deutlich, so Frau **Dyduch**. Im Vordergrund stehen nicht Menschen, Arbeitsplätze oder Innenstädte sondern allein die Gewinnmaximierung.

Sie fragte nach der Zukunft der Stellplätze auf dem Hertie Parkdeck sowie nach dem aktuellen Sachstand zur Postfiliale im Gebäude.

Mit der Post werden derzeit Gespräche geführt, so Herr **Hupe**. Ein für 2011 geplantes Konzept mit Partnerfilialen, eine so genannte „shop-in-shop-Lösung“, solle aufgrund der Situation vorgezogen werden. Angedacht sei, zwei solcher Standorte in der Innenstadt einzurichten.

Herr **Sostmann** fügte ergänzend hinzu, dass Gespräche mit potentiellen Anbietern in der Innenstadt auf einem guten Weg seien, bislang aber noch keine konkreten Ergebnisse vorlägen.

Die allgemeine, nicht nur auf Kaufhauskunden beschränkte, Nutzung der Parkplätze, erläuterte Herr **Baudrexl**, sei gewohnheitsrechtlich über die Jahrzehnte gewachsen. Etwas schriftliches dazu sei bislang allerdings nicht aufzufinden. Nach der Schließung, sei u.a. unter dem Aspekt der Verkehrssicherungspflicht zu prüfen, ob eine weitere öffentliche Nutzung möglich sei. Seiner Meinung nach bedeute jede Krise auch eine Chance. Das freie Gebäude liege an einer attraktiven Stelle in der Innenstadt, und könne als klassisches Kaufhaus oder in anderer Form neue Investoren in die Innenstadt locken. Entscheidend sei letztendlich die Preisfrage.

Unter Verweis auf die hohe Ladenmiete, bewertete Herr **Kissing** die Vorgänge als unseriös, und weit entfernt von einem verantwortlichen sozialen Geschäftsgebaren.

Er erkundigte sich, ob die HIDD Kamen BV personell greifbar, in Form eines Ansprechpartners, sei.

Herr **Hupe** erklärte, dass ein Ansprechpartner nicht bekannt sei. Diese Frage solle ebenfalls in dem geplanten Gespräch thematisiert werden. Das Problem sei, dass diese Vorgänge mit Renditeerzielungsabsicht betriebswirtschaftlich legal seien, unabhängig von den negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen vor Ort.

Herr **Grosch** kritisierte ebenfalls, dass soziale und moralische Kriterien keine Rollen spielen. Im Vordergrund stehe die Ausnutzung finanzwirtschaftlicher Mittel zur Gewinnmaximierung. Er betrachte die aufgezeigten Chancen mit Skepsis, besonders im Hinblick auf eine Verödung der Kamener Innenstadt.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass durchaus Vermarktungschancen gegeben seien. So sei ein gewisser Trend zu kleineren Projekten in der Innenstadt feststellbar.

Die damalige Übernahme von Karstadt habe die Entwicklung zur heutigen Situation nur verzögert, machte Frau **Scharrenbach** deutlich. Das veränderte Konsumverhalten führe dazu, dass das klassische Kaufhaus nicht mehr zeitgemäß sei.

Bezüglich der mittel- bis langfristigen Perspektiven für die Innenstadt sei ein Gesamtblick nötig. Sie erwarte die Entwicklung der Gespräche mit Spannung.

Herr **Lipinski** hielt eine euphorische Betrachtung der Situation nicht für angebracht. Es werde deutlich, dass die Marktkräfte nicht immer so funktionieren, wie es wünschenswert sei. Die Situation sei heute völlig anders als noch vor 2 Jahren. Es sei nötig, dass versucht werde, auf die Marktkräfte Einfluss zu nehmen.

Herr **Hupe** sagte abschließend zu, über die Gespräche zeitnah zu informieren.

Zu TOP 5.

Einrichtung von Außenstellen des Rathauses als mobile Bürgerbüros
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2009

Der Grundgedanke des Begehrens der CDU-Fraktion gehe direkt aus dem Antrag hervor, so Herr **Kissing**. Zu der Frage der zentralen und dezentralen Verwaltung verwies er auf die Außenstellen, die es in der Vergangenheit in Kamen gegeben habe.

Anlass für den Antrag seien Überlegungen zu der Mobilitätsproblematik einer älter werdenden Bevölkerung.

Einleitend machte Herr **Baudrexl** deutlich, dass das Leitbild einer modernen Dienstleistungsverwaltung alltäglich gelebt werde, dies sei auch in der allgemeinen Dienstanweisung der Stadt Kamen fixiert. Für die Bestrebungen, Arbeitsabläufe und den Service für den Bürger effektiver zu gestalten, sei die Kamener Beteiligung an dem KGST-Vergleichsring Bürgerbüros zu nennen.

Zunächst sei es notwendig zu betrachten, welche Angebote es bereits gibt, und wie diese verbessert werden können. 71 Formulare seien bereits heute im Internet abrufbar. Eine Hürde stelle allerdings die digitale Signatur dar. Bezogen auf die Senioren, gebe es einen hauptamtlichen Seniorenbeauftragten, sowie ehrenamtliche Tätige, die viele Behördengänge übernehmen. Dieses Jahr seien bereits 81 Personen von dem hauptamtlichen Seniorenbeauftragten betreut worden, die ansonsten selbst zum Bürgerbüro gemusst hätten. Tätigkeitsfelder waren Schwerbehindertenanträge, sonstige Bürgerbürotätigkeiten wie z.B. GEZ-Befreiung und Soziale Unterstützungsleistungen.

Des Weiteren sei eine Dienstanweisung mit dem Ziel flexiblerer Öffnungszeiten und Serviceerweiterungen in Vorbereitung.

Es stelle sich die Frage, wie älteren Bürgern der Gang zum Rathaus erspart werden könne. Unter Bezugnahme auf den Antrag, berichtete Herr Baudrexl, dass der Zulauf zu den damaligen Zweigstellen des Rathauses zu gering gewesen wäre, was letztlich zur Schließung geführt habe. Dies habe den Aufwand nicht mehr gerechtfertigt. Im übrigen seien die Nebenstellen mit Öffentlichen Verkehrsmitteln nicht besser zu erreichen, als das Rathaus.

Die Verwaltung favorisiere daher ein andere Variante. Für einen bestimmten Personenkreis könne nach Terminabsprache ein mobiler Service im Bürgerbüro eingerichtet werden.

Dieser Weg sei effizient, da bei gezielten Terminabsprachen, bedarfsorientiert gehandelt werden könne. So müsse kein zusätzlicher Arbeitsplatz vorgehalten werden. Nach einer Erprobungsphase könne dieser Service gegen eine adäquate Gebühr auch für alle anderen Bürger angeboten werden.

Der Antrag sei insofern als beschleunigender Impuls für die noch laufenden Verwaltungsüberlegungen zu werten.
Herr Baudrexl erwartete, dass die Überlegungen hierzu bis voraussichtlich September abgeschlossen sein werden.

Herr **Huße** schlug vor den Antrag nicht zur Entscheidung zu bringen, sondern als Anregung zur Weiterentwicklung der vorhandenen Ideen mitzunehmen.
Zur Klarstellung gab er den Hinweis, dass der Antrag der CDU-Fraktion die Organisationshoheit des Bürgermeisters gemäß § 62 Gemeindeordnung NW betreffe.

Herr **Kissing** zeigte sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Frau **Dyduch** erklärte, dass die Kernidee des Antrages von der SPD-Fraktion mitgetragen werde.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Huße** berichtete über die geplanten Dienstreisen von Ratsmitgliedern.
In der Zeit vom 04. bis 06. September 2009 nehmen Mitglieder des Partnerschaftsausschusses an einer Tagesfahrt zum Wein- und Heimatfest nach Unkeln teil.
In der Zeit vom 10. bis 13. September 2009 finde der Kamener Tag in Montreuil-Juigné statt, an dem ebenfalls Mitglieder des Partnerschaftsausschusses teilnehmen werden.

Anfragen

Herr **Grosch** bezog sich auf die Altfallregelung für Flüchtlinge, die am Stichtag 01.07.2007 seit acht Jahren in Kamen gelebt haben. Diese haben einen befristeten Aufenthaltstitel erhalten mit der Auflage bis zum 31.12.2009 ihren Lebensunterhalt mit Arbeit selbst zu bestreiten. Problematisch sei, dass dieser Personenkreis häufig bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt sei, die diese aufgrund der Wirtschaftskrise nun kündigen würden. Die finanzielle Hürde könne somit nicht geschafft werden. Diesbezüglich gebe es bereits eine Initiative der Kirche, die die Anpassung der Bleiberechtsregelung an die aktuelle Wirtschaftslage zum Ziel habe.
Er fragte wie viele Flüchtlinge in Kamen davon betroffen seien.

Herr **Brüggemann** sagte eine Beantwortung der Frage mit der Sitzungsniederschrift zu.

Nachtrag der Verwaltung:

Nach Auskunft des Ausländeramtes des Kreises Unna sind zur Zeit 66 Personen aus Kamen im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis im Rahmen der Altfallregelung.

Herr **Hupe** gab zu Bedenken, dass eine Gesetzesänderung erforderlich sei, die nicht auf kommunaler Ebene regelbar sei.

Herr **Grosch** merkte an, dass es diesbezüglich beispielsweise in Lünen eine Resolution des Rates gegeben habe.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer

Anlagen

Präsentation Mai-Steuerschätzung
Vergabeliste